



Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 29.01.2020

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel
Sitzungsnummer	1/2020
Datum	Dienstag, den 28.01.2020
Sitzungsdauer	20:00 Uhr bis 22:12 Uhr
Ort	Bürgerhaus Bruchköbel, Jahnstr. 3, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)

Anwesende:

Stadtverordneter Baier, Patrick (BBB)
Stadtverordneter Beilner, Dietmar (BBB)
Stadtverordneter Blum, Oliver (GRÜNE)
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)
Stadtverordneter Breitenbach, Frank (CDU)
Stadtverordneter Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Stadtverordneter Clauß, Christian (BBB)
Stadtverordneter Emmrich, Rolf (CDU)
Stadtverordnete Förster-Helm, Elke (GRÜNE)
Stadtverordnete Grosse, Andrea (CDU)
Stadtverordneter Haas, Klaus (CDU)
Stadtverordneter Hirt, Oliver (CDU)
Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)
Stadtverordneter Ließmann, Peter (SPD)
Stadtverordneter Linek, Klaus (GRÜNE)
Stadtverordnete Neunemann-Güth, Nicole (FDP)
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)
Stadtverordnete Pauly, Monika (SPD)
Stadtverordneter Rabold, Alexander (BBB)
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (BBB)
Stadtverordneter Ringel, Uwe (GRÜNE)
Stadtverordneter Schreier, Michael (SPD)
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)
Stadtverordneter Spachovsky, Ralf (CDU)
Stadtverordnete Viehmann, Veronika (SPD)
Stadtverordnete Weigl-Franz, Viola (CDU)
Stadtverordneter Dr. Wingefeld, Volker (FDP)
Stadtverordneter Zeitler, Nicholas (CDU)

entschuldigt:

Stadtverordneter Kitzmann, Alexander (CDU)
Stadtverordneter Nohl, Frank (SPD)
Stadtverordneter Sliwka, Thomas (CDU)

Stadtverordneter Zugenbühler, Christoph (CDU)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat JESSL, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Schriftführer:

Schriftführer Dr. Wächtler, Achim

Tagesordnung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2019
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3. Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4. Berichte aus den Ausschüssen
5. Fragen zu aktuellen Themen
6. Änderung der Verwaltung auf Antrag der BBB – Fraktion zur DS-228/2017 (DS-11/2020)
von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum Radwegebau Niederissigheim - Butterstadt
7. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-244/2016)
Forsteinrichtungswerk - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
8. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-228/2017)
Radwegebau Niederissigheim – Butterstadt
9. Bündnis 90/Die Grünen Änderungsantrag zu DS 88/2019 und DS (DS-16/2020)
194/2019:
Sozialer Wohnungsbau für seniorenrechtliches, betreutes Wohnen
10. Waldbewirtschaftung im Stadtwald Bruchköbel (DS-16/2019)
11. Stellplatzsatzung 2020 (DS-144/2019)
12. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Grundstück Hauptstraße (DS-194/2019)
113a
13. Errichtung von Gleichstromladesäulen mit 50 kW im Rahmen des Projek- (DS-287/2019)
tes Innenstadtentwicklung, Neue Stadtmitte Bruchköbel
14. Leistungen nach Vereinsförderrichtlinie (DS-1/2020)
15. Wiederwahl einer stellvertretenden Schiedsperson (DS-9/2020)

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt er zusammen mit dem ganzen Haus der am 24.01.2020 verstorbenen Ratsherrin und ehemaligen Stadtverordneten Susanne Greune mit einer Gedenkminute.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Meldungen.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2019
----	---

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 10.12.2019 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

2.	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
----	---

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass die FDP-Fraktion die Stadtverordnete Lauterbach als neue Fraktionsvorsitzende benannt hat.

3.	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
----	--

Zunächst berichtet der Bürgermeister zur Einstellung eines Auszubildenden für den Beruf „Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste“. Weiter sind zwei Auszubildende für den Beruf „Verwaltungsfachangestellte“ und eine Mitarbeiterin für die Gemeinwesenarbeit eingestellt worden. Schließlich wurde ein Mitarbeiter für die Jugendarbeit eingestellt.

Weiter berichtet der Bürgermeister zum Sachstand von Beschlüssen:

Zur DS 112/2019, Aktives Energiemanagement, wird eine Bestandsaufnahme (Energiebilanz) in Bezug auf den Energieverbrauch aller städtischen Gebäude und Einrichtungen durchgeführt. Nach erfolgter Erfassung der Verbrauchsorte und -mengen, werden Vorschläge zu Einleitung von technischen Maßnahmen, Modernisierungen und/oder Ergänzungen durch die entsprechenden Fachabteilungen der Stadtverwaltung erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Erste Maßnahmen sollen im Haushalt 2021 verankert werden. Dabei soll zu hoher Verbrauch durch eine aktive Steuerung erkannt und vermieden wird. Die Stadt Bruchköbel verfügt über ein Teilklimaschutzkonzept und arbeitet seit zehn Jahren mit den Erkenntnissen daraus.

Aufgrund des Teilklimakonzeptes wurden schon zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, z.B. sind 6 der 8 Kindertagesstätten teilweise nahe dem Passivhaus-Standard saniert worden. Als nächste Maßnahme ist die Kita Sternenland im KIP für 2020 für Teilmaßnahmen vorgesehen, die Kita Südwind soll schrittweise ab 2021 saniert werden. Die bislang aus Sicht des Energieverbrauchs problematischsten Liegenschaften existieren nicht mehr, nämlich das Rathaus, die AT Mitte und das JUZ. Das Bürgerhaus Bruchköbel fällt ebenfalls aus der Betrachtung heraus. In den Mehrzweckhallen Niederissigheim und Roßdorf wurden 2018/19 neue Niedrigenergiebrennwert-Heizanlagen installiert. Das Flachdach der MZH Niederissigheim wurde energetisch saniert und die oberste Geschossdecke des alten Schulhauses der MZH Roßdorf wird dieses Jahr noch gedämmt. Darüber hinaus wurden alle relevanten Liegenschaften der Stadt Bruchköbel mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet, einige mit zwei Anlagen. Ressourcenschonung steht bei allen Sanierungsarbeiten in den städtischen Liegenschaften im Vordergrund. Es bleibt zu überprüfen, ob eine Installation eines aktiven Energiemanagements, den gewünschten Einsparungseffekt erzielt. Dahingehend muss eine Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen.

Zum Beschluss DS 151/2019, Antrag BBB-Fraktion: "Barrierefreies Bruchköbel – Freie Fahrt für Elektromobile", berichtet er, dass die Bauverwaltung schon alle bekannten Umlaufsperrungen, besonders die große Anzahl in der Kirlesiedlung, überprüft hat. Dabei wurde festgestellt, dass der Abstand der Schranken im Schnitt über 2,00 m beträgt, also mehr als die in den Richtlinien vorgegebenen 1,50 m.

Der Wunsch, auf Umlaufsperrern grundsätzlich zu verzichten, sei nachvollziehbar. Umlaufsperrern sorgen aber auch dafür, dass es nicht möglich ist direkt vom Radweg auf die Fahrbahn einer kreuzenden Straße zu fahren. Sicherheit geht in diesem Falle vor Bequemlichkeit oder auch Komfort.

An Stellen an denen eine Seite geöffnet werden kann, wird dies auch umgesetzt.

Das Befahren mit einem elektrisch betriebenen Rollstuhl wurde ebenfalls bewertet. Nach dem Fahrversuch mit einem elektrisch betriebenen Rollstuhl (4 – rädriertes Fahrzeug) kann - auch als Ergebnis des Dialogs mit der Nutzerin - davon ausgegangen werden, dass die meisten Abstände in Ordnung sind. An der Kirche in der Varangéviller Straße soll der Abstand um 1,00 m vergrößert werden.

4.	Berichte aus den Ausschüssen
----	------------------------------

Der Stadtverordnete Ochs berichtet zu den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr vom 14.01.2020.

Der Stadtverordnete Schreier berichtet zu den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Familie, Kultur und Soziales am 21.01.2020.

5.	Fragen zu aktuellen Themen
----	----------------------------

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Hormel:

„1. Am 22. Oktober 2019 hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, dass als Ersatz für die im Rahmen der Innenstadterneuerung gefälltten Bäume Neuanpflanzungen am Retentionsraum entlang des Fuß- und Radwegs zwischen Nieder- und Oberissigheim erfolgen sollen. Dazu haben wir folgende Fragen:

1. Wann wird die Ersatzpflanzung erfolgen?

2. Gemäß o.a. Beschluss sollen „max.“ 40 Bäume gepflanzt werden. Wieviele Bäume sind wirklich zur Ersatzpflanzung vorgesehen?

3. Bleibt es bei den während der Ausschussberatungen in Rede stehenden Erlen oder werden auch andere Bäume gepflanzt?“

Der Bürgermeister erläutert zu 1., dass die Ersatzpflanzung im Rahmen einer Baumpflanzaktion gemeinsam mit den Stadtverordneten am 07. März 2020 erfolgen soll. Die Einladung wird den Stadtverordneten der Stadt Bruchköbel in den nächsten Tagen zugestellt. Zu den Punkten 2 und 3 berichtet er, dass 40 einheimische Erlen zur Ersatzpflanzung im Retentionsraum zwischen Nieder- und Oberissigheim vorgesehen sind.

Für die SPD-Fraktion fragt der Stadtverordnete Ließmann:

„Das Hessische Landesplanungsgesetz sieht vor, dass Regionalpläne innerhalb von zehn Jahren durch Neuaufstellung anzupassen sind. Voraussichtlich im Jahr 2020 wird deshalb vom Regionalverband FrankfurtRheinMain ein neuer Regionaler Flächennutzungsplan für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main für das Zieljahr 2030 aufstellt. Da über die Ziele der Stadt Bruchköbel und somit auch über die Eingaben bei der Verbandskammer die Stadtverordnetenversammlung beschließen muss, möchte die SPD wissen, wann die Beratungen im Regionalverband stattfinden, wann der Antragschluss für die Gemeinden ist und für welche Sitzung der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage vorgesehen ist.“

Der Bürgermeister berichtet, dass derzeit die unterschiedlichen Fachkonzepte und -planungen zusammengeführt und der Vorentwurf des Planwerkes durch den Regionalverband erarbeitet wird. Im Vorfeld gab es bereits unverbindliche Gespräche über die zukünftige Entwicklung der Stadt Bruchköbel mit Vertretern des Regierungspräsidiums Darmstadt und des Regionalverbands. Vorbehaltlich der Beschlüsse aus Verbandskammer und Regionalversammlung soll der Vorentwurf des Regionalen Flächennutzungsplans voraussichtlich im ersten Quartal 2021 in das Verfahren gehen. Die Beteiligung der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung ist im Rahmen der frühzeitigen Offenlage des Regionalen Flächennutzungsplans angedacht. In diesem Zeitraum ist eine Beratung und Vorlage der Stadtverordnetenversammlung vorgesehen.

Für die GRÜNE-Fraktion fragt der Stadtverordnete Ringel:

„Im Sommer 2018 fand die Offenlage des Bauvorhabens Modernisierung und barrierefreier Ausbau Bahnhof Bruchköbel statt.

Zur Baudurchführungsplanung heißt es im Erläuterungsbericht, dass im Februar 2020 mit den vorbereitenden Maßnahmen wie Herrichtung der Baustelleneinrichtungsfläche einschließlich Baustraße, Gleisüberfahrt, Querungen und Tiefenentwässerung, begonnen werden soll.

Baustart für die Maßnahme März 2020 sowie Fertigstellung Januar 2021.

Frage: Ist das Vorhaben im Zeitplan, wie ist der Stand der Umsetzung?“

Der Bürgermeister berichtet, dass es geplant war, im 1. Quartal 2020 mit den Arbeiten zu beginnen. Auf Rückfrage bei der DB Station & Service wurde uns mitgeteilt, dass die Baumaßnahme nicht wie geplant beginnen wird. Von dort wurde berichtet, dass aufgrund derzeitiger Bautätigkeiten der S6 und der damit notwendigen Umleitungsverkehre keine Sperrpausen zur Verfügung stehen. Sperrpausen seien sehr frühzeitig einzuplanen, so dass bereits jetzt mit einem Baubeginn in 2021 zu rechnen ist. Die DB Station & Service steht in Kontakt mit der DB Netz AG um Sperrpausen zu terminieren. Ein Baubeginn kann aktuell nicht genannt werden.

Für die FDP-Fraktion fragt die Stadtverordnete Lauterbach:

„1. Wann ist mit der Vorstellung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes für die neue Tiefgarage zu rechnen?

2. Wie ist der Sachstand bei LOS 3 im Zusammenhang mit der Innenstadtentwicklung.“

Der Bürgermeister berichtet, dass mit dem bislang bevorzugten Bieter konkrete Anpassungen der Objektplanungen besprochen wurden. Hierbei wurden die nunmehr vorliegenden Ausführungsplanungen für Bauabschnitt 1 sowie der Straßengestaltungsplanungen entlang der Hauptstraße berücksichtigt. Ebenso ergaben sich potentielle Möglichkeiten, auch private Nachbarflächen zum Bürgerhaus in die Gesamtentwicklungen einzubeziehen. Dem Bieter wurde, zur Anpassung seiner Detailplanungen und zur Nachbesserung seines Angebotes, eine Nachfrist bis zum 29.01.2020 gesetzt. Nach Auswertung der überarbeiteten Angebote wird eine zeitnahe Vergabeentscheidung angestrebt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die TOPe 6 und 8 gemeinsam auf.

TOP 6.	DS-11/2020	Änderung der Verwaltung auf Antrag der BBB – Fraktion zur DS-228/2017 von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum Radwegebau Niederissigheim - Butterstadt
TOP 8.	DS-228/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Radwegebau Niederissigheim - Butterstadt

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage auch im Hinblick auf die aktuell hereingekommene Mail des Stadtverordneten Rabold und trägt klarstellend die Inhalte der drei Einzelpunkte vor. Der Stadtverordnete Rabold gibt einen historischen Abriss zur Entwicklung des Projekts und erläutert seine Wahrnehmung des Sachstands. Die Stadtverordnete Lauterbach und der Stadtverordnete Ringel diskutieren zu einer eventuellen Erledigung der DS 228/2017, falls die DS 11/2020 beschlossen werden sollte. Der Stadtverordnete Ringel geht davon aus, dass sich die DS 228/2017 dann nicht erledigt habe.

Jedenfalls beantragt die Stadtverordnete Lauterbach eine Verweisung der DS 228/2017 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Abstimmung zur DS 11/2020: einstimmig beschlossen

Abstimmung zum Verweisungsantrag zur DS 228/2017: einstimmig in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

Beschluss:

Der Main-Kinzig-Kreis wird weiterhin aufgefordert, den Radweg gemäß dem Planfeststellungsverfahren umgehend zu bauen ungeachtet der neuen Abwägungen und Priorisierungen.

Der Main-Kinzig-Kreis wird als Straßenbaulastträger und Antragsteller des Planfeststellungsverfahrens aufgefordert, gem. § 33 des Hessischen Straßengesetzes Abs. (6), bei der Planfeststellungsbehörde eine Verlängerung um weitere 5 Jahre zu beantragen.

Dem Main-Kinzig-Kreis wird mitgeteilt, dass falls es nicht zu einer Umsetzung der Baumaßnahme kommen wird, die seitens der Stadt Bruchköbel geleisteten Planungskosten in Höhe von 47.997,70 € zurückgefordert werden, da durch die Nichtausführung des Radwegebaus der Main-Kinzig-Kreis seine Verpflichtung aus der zugrundeliegenden Vereinbarung mit der Stadt Bruchköbel verletzt.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die TOPe 7 und 10 gemeinsam auf.

TOP 7.	DS-244/2016	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Forsteinrichtungswerk - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
TOP 10.	DS-16/2019	Waldbewirtschaftung im Stadtwald Bruchköbel

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrags der GRÜNE-Fraktion. Im Übrigen sei die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss inhaltlich unzutreffend.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt wie im Ausschuss abstimmen.

Abstimmung zur DS 244/2016 Ziffer 1: bei 17 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) und 16 Nein-Stimmen (CDU, SPD) beschlossen

Abstimmung zur DS 244/2016 Ziffer 2: einstimmig beschlossen

Abstimmung zur DS 16/2019: 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD) und 17 Nein-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Beschluss:

1. Die Schwerpunkte im neuen Forsteinrichtungswerk sollen auf Naherholung und Flächenstilllegung zur Gewinnung von Ökopunkten ausgerichtet sein.
2. Bis zum Abschluss eines neuen Forsteinrichtungswerkes für die nächste Dekade werden keine Bäume im jährlich zu erstellenden Hiebsplan ausgewiesen und gefällt, die älter als 100 Jahre sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die TOPe 9 und 12 gemeinsam auf.

TOP 9.	DS-16/2020	Bündnis 90/Die Grünen Änderungsantrag zu DS 88/2019 und DS 194/2019: Sozialer Wohnungsbau für seniorenrechtliches, betreutes Wohnen
TOP 12.	DS-194/2019	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Grundstück Hauptstraße 113a

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Änderungsantrags der GRÜNE-Fraktion, die bei Ziffer 5 nochmals geändert worden sei:

„1. Das städtische Grundstück Hauptstraße 113a soll der Nutzung als Sozialer Wohnungsbau für Betreutes Wohnen zugeführt werden.

2. Die Baugenossenschaft Bruchköbel erwirbt das Grundstück Flur 5 Flurstück 164/64 zu einem Kaufpreis in Höhe von 155.000 Euro.

3. Die Baugenossenschaft Bruchköbel verpflichtet sich vertraglich zur Errichtung von bezahlbarem Wohnraum im Sinne der Richtlinie des Main-Kinzig-Kreises mit einem maximalen Mietpreis von 7,50 Euro pro qm Wohnfläche, der den Anforderungen an seniorenrechtliches Wohnen entspricht.

4. Die Baugenossenschaft Bruchköbel bindet sich für die Dauer von 20 Jahren an die Preisbindung nach Förderrichtlinie des Landes Hessen zur sozialen Mietwohnraumförderung.

5. Vermietet werden die Wohnungen nur an Personen, die Anspruch auf den Bezug von Sozialwohnungen und den Bedarf an betreutem Wohnen nachweisen können. Die Zahl der Zimmer pro Wohnung wird entsprechend der vorgesehenen Nutzung auf maximal drei festgelegt.

6. Mit der Arbeiterwohlfahrt ist zu vereinbaren, dass die Mieter der Wohnungen im Sinne des „betreuten Wohnens“ die Dienstleistungen des angrenzenden Seniorenwohnheims (Grundleistungen im Bereich der Sicherheit, allgemeiner Betreuung und niedrigschwellige Unterstützungsleistungen) nutzen können, um das selbständige Leben im Alter erleichtern.
7. Die Möglichkeiten der Umsetzung werden durch den Magistrat geprüft und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden.“

Die Stadtverordnete Viehmann spricht im Sinne der Verwaltungsvorlage und erläutert ihren Kenntnisstand zu den Voraussetzungen der Zuschüsse des Main-Kinzig-Kreises. In jedem Fall müssten alle Interessenten gleich behandelt werden. Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Änderungsantrags der GRÜNE-Fraktion. Die Stadtverordnete Pastor spricht im Sinne der Verwaltungsvorlage. Ihrer Auffassung nach werden auch bei der neuerlichen Änderung des Änderungsantrags Begrifflichkeiten unzulässig vermischt. Sie regt eine Prüfung durch den Magistrat an, ob dieser Änderungsantrag überhaupt umgesetzt werden könne und insbesondere durch den Main-Kinzig-Kreis zuschussfähig sei. Auch müsse konkret an die AWO herangetreten werden und deren konkrete Antwort abgewartet werden. Der Stadtverordnete Rabold bekundet, dass es sich beim Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion sowieso um einen Prüfauftrag handle. Solch eine Prüfung werde sicher einige Zeit in Anspruch nehmen, gleichwohl sollte der Änderungsantrag beschlossen werden. Ebenso äußert sich der Stadtverordnete Rechholz. Die Stadtverordnete Braun spricht ebenfalls im Sinne des Änderungsantrags. Der Stadtverordnete Ließmann kritisiert den Diskussionsstil in Bezug auf die heute seiner Wahrnehmung nach zufällig herrschenden Mehrheitsverhältnisse und spricht im Sinne der Verwaltungsvorlage. Er regt an, bei einem Beschluss des Änderungsantrags zumindest mit einem Verkauf des Grundstücks zu warten, bis die Ergebnisse der Prüfung vorliegen. Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen die seiner Auffassung nach irrigen Grundannahmen bzw. jetzigen Detailmitteilungen, ebenso wie der Stadtverordnete Ringel. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass bei der AWO klar zwischen dem Ortsverein und dem ortsansässigen AWO-Unternehmen unterschieden werden müsse. Er berichtet insoweit aus der Aufsichtsratssitzung der Baugenossenschaft und zur Stellplatzproblematik. Auf dem Grundstück selbst können nur wenige Stellplätze nachgewiesen werden. Mehrbedarf könne aber über das Nachbargrundstück der Baugenossenschaft nachgewiesen werden, nicht jedoch über das Grundstück des AWO-Pflegeheims. Im Übrigen werde die Baugenossenschaft sämtliche Wohnungen barrierefrei herstellen. Er erläutert weitere Details.

Abstimmung zu DS 16/2020 in der aktuellen Fassung: bei 17 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) und 16 Nein-Stimmen (CDU, SPD) beschlossen

Abstimmung zur DS 194/2019: 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD) und 17 Nein-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Beschluss:

1. Das städtische Grundstück Hauptstraße 113a soll der Nutzung als Sozialer Wohnungsbau für Betreutes Wohnen zugeführt werden.
2. Die Baugenossenschaft Bruchköbel erwirbt das Grundstück Flur 5 Flurstück 164/64 zu einem Kaufpreis in Höhe von 155.000 Euro.
3. Die Baugenossenschaft Bruchköbel verpflichtet sich vertraglich zur Errichtung von bezahlbarem Wohnraum im Sinne der Richtlinie des Main-Kinzig-Kreises mit einem maximalen Mietpreis von 7,50 Euro pro qm Wohnfläche, der den Anforderungen an seniorenrechtliches Wohnen entspricht.
4. Die Baugenossenschaft Bruchköbel bindet sich für die Dauer von 20 Jahren an die Preisbindung nach Förderrichtlinie des Landes Hessen zur sozialen Mietwohnraumförderung.
5. Vermietet werden die Wohnungen nur an Personen, die Anspruch auf den Bezug von Sozialwohnungen und den Bedarf an betreutem Wohnen nachweisen können. Die Zahl der Zimmer pro Wohnung wird entsprechend der vorgesehenen Nutzung auf maximal drei festgelegt.
6. Mit der Arbeiterwohlfahrt ist zu vereinbaren, dass die Mieter der Wohnungen im Sinne des „betreuten Wohnens“ die Dienstleistungen des angrenzenden Seniorenwohnheims (Grundleistungen im Bereich der Sicherheit, allgemeiner Betreuung und niedrigschwellige Unterstützungsleistungen) nutzen können, um das selbständige Leben im Alter erleichtern.
7. Die Möglichkeiten der Umsetzung werden durch den Magistrat geprüft und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden.

TOP 11.	DS-144/2019	Stellplatzsatzung 2020
---------	-------------	------------------------

Die Stadtverordnete Lauterbach spricht gegen die Vorlage. Aus der gesamten Diskussion im Ausschuss habe sich letztlich nicht ergeben, warum eine Beschlussfassung eilig erfolgen müsse. Außerdem sei kontraproduktiverweise mit einer insgesamt deutlich verminderten Stellplatzzahl zu rechnen. Schließlich müssten unterschiedliche Voraussetzungen in den Ortsteilen auch unterschiedlich betrachtet werden.

Abstimmung: bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD) und 17 Nein-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) abgelehnt

TOP 13.	DS-287/2019	Errichtung von Gleichstromladesäulen mit 50 kW im Rahmen des Projektes Innenstadtentwicklung, Neue Stadtmitte Bruchköbel
---------	-------------	--

Der Bürgermeister erläutert zur ursprünglichen Beschlussfassung und den daraufhin aktuell unternommenen Berechnungen. Weiter berichtet er detailliert zur Ausführungsplanung der Tiefgarage bis zum Zeitpunkt der ursprünglichen Beschlussfassung zur DS 188/2019. Danach seien auch bislang schon schnellladefähige Ladestationen vorgesehen und zwar mit 22 kW Ladekapazität.

Der Stadtverordnete Ringel bringt einen Änderungsantrag ein und spricht in diesem Sinne:

- „1. Schnellladesäulen werden im finanziell vertretbaren Rahmen errichtet. Es sollen nicht nur ausschließlich Schnellladesäulen errichtet werden
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert einen Antrag bei den Kreiswerken Main-Kinzig zu stellen aus dem Programm 100 Stromladesäulen für den Main Kinzig Kreis eine entsprechende Zahl für die Tiefgarage unter dem Stadthaus zu bekommen.“

Der Bürgermeister spricht gegen den Änderungsantrag und im Sinne der Verwaltungsvorlage. Im Übrigen fördere auch die EAM als Versorger der Stadt den Bau von Ladestationen bzw. biete diese kostenlos an. Der Stadtverordnete Ringel entgegnet nochmals im Sinne des Änderungsantrags. Der Stadtverordnete Rabold hält unter dem Eindruck der hohen kalkulierten Kosten eine Ausschussberatung für sinnvoll.

Er beantragt die Verweisung der Sachen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Die Stadtverordnete Bürgstein kritisiert die Art und Weise von Entstehung und Inhalt der Verwaltungsvorlage. Der Bürgermeister bekundet, dass die Vorlage auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung entstand, weswegen auch die Kosten umfassend und realistisch zu ermitteln gewesen seien. Auch der Vertrag des Generalunternehmers müsste entsprechend geändert werden. Der Stadtverordnete Ließmann spricht zum zeitlichen Ablauf der Entscheidungsfindung bisher und kritisiert den unbestimmten Begriff „vertretbarer Rahmen“. Die Stadtverordnete Viehmann berichtet von einer aktuellen Auskunft der Kreiswerke, nach der eine Ladekapazität von 22 kW völlig ausreichend sei. Die Stadtverordneten Hirt und Ringel beteiligen sich mit unterschiedlichen Ansätzen an dieser Diskussion.

Abstimmung zum Verweisungsantrag zum Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion: einstimmig in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

Abstimmung zum Verweisungsantrag zur DS 287/2019: bei 17 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP), 14 Nein-Stimmen (CDU, SPD ohne die Stadtverordneten Pauly und Pastor) und 2 Enthaltungen (die Stadtverordneten Pauly und Pastor) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

TOP 14.	DS-1/2020	Leistungen nach Vereinsförderrichtlinie
---------	-----------	---

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Beschluss der DS 273/2019, vom Magistrat der Stadt Bruchköbel am 27.11.2019 sowie von der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2019 gefasst, wird nachstehend korrigiert:

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel wird zur Leistung nachstehender Förderungen nach der Vereinsförderrichtlinie ermächtigt:

Die SG Bruchköbel e.V. erhält eine Vereinsförderung in Höhe von 9.588,00 Euro.

Die Deckung erfolgt über die zur Verfügung stehenden Mittel des Produktes 08421000 / 71280000 Sportförderung - Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche und werden über das Haushaltsjahr 2019 abgewickelt.

TOP 15.	DS-9/2020	Wiederwahl einer stellvertretenden Schiedsperson
---------	-----------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Als stellvertretende Schiedsperson wird Herr Achim Diethöfer wiedergewählt.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:12 Uhr.

Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Achim Wächtler
Schriftführer